

Titel der Drucksache:

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN zur DS 1177/12 - Erfurter  
Stadtrat spricht sich gegen Fracking aus**

Drucksache	1275/12
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	1177/12
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	27.06.2012	öffentlich	Entscheidung

## Änderungs/Ergänzungsantrag

**Der Antrag wird wie folgt geändert/ergänzt:**

1. Der Erfurter Stadtrat spricht sich gegen den Abbau von unkonventionellen Erdgasvorkommen mit Hilfe des Fracking in und um Erfurt aus.
2. Der Stadtrat der Stadt Erfurt fordert den Oberbürgermeister dazu auf, sich bei der Landesregierung dafür stark zu machen, dass sich Thüringen für eine Initiative zur Reform des Bundesbergrechts einsetzt.

Angesichts der möglichen erheblichen Umweltauswirkungen der Fracking-Technologie sollen folgende Punkte Bestandteil einer solchen Initiative sein:

- die Einführung einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung
- Grundsätzlicher Ausschluss des Einsatzes trinkwassergefährdender, wasserorganismenschädigender oder anderweitig giftiger Stoffe zur Aufsuchung und Förderung von unkonventionellem Erdgas
- eine Beweislastumkehr bei Schäden
- die Berücksichtigung von untertägigen Umweltauswirkungen
- Verbesserung der Transparenz und der öffentlichen Beteiligung

**Begründung:**

Der Antrag bedarf einer Änderung, da er in seiner jetzigen Form und bei den geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen wirkungslos bleibt. Unternehmen können derzeit nach Bundesbergrecht Anträge zur Sicherung der Aufsuchlizenzen von unkonventionellem Erdgas stellen bzw. Betriebspläne für Erkundungsmaßnahmen (Probebohrungen) oder zu Förderung von Erdgas einreichen. Diese müssen nach den geltenden Rechtsvorschriften

entschieden werden. Das Thüringer Bergamt muss dabei als Genehmigungsbehörde das Deutsche Bergrecht beachten. Eine generelle Ablehnung von Fracking, wie im Antrag gefordert ist deshalb so nicht möglich und würde gegebenenfalls für ein betroffenes Unternehmen eine Klagemöglichkeit beim Bundesverwaltungsgericht eröffnen. Wer Fracking verhindern bzw. weitestgehend reglementieren will, muss sich deshalb für die Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen einsetzen.

---

21.06.2012, gez. i. A. Behrens

Datum, Unterschrift

---